

Grimm, Doris E.; Schatz, Klaus-Werner; Trapp, Peter

Working Paper — Digitized Version

Konjunktur zwischen geldpolitischer Dämpfung und Hoffnung auf den gemeinsamen Markt: Thesen zum 39. Kieler Konjunkturgespräch

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 149

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Grimm, Doris E.; Schatz, Klaus-Werner; Trapp, Peter (1989) : Konjunktur zwischen geldpolitischer Dämpfung und Hoffnung auf den gemeinsamen Markt: Thesen zum 39. Kieler Konjunkturgespräch, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 149, ISBN 392535770X, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48025>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

149

Konjunktur zwischen geldpolitischer Dämpfung und Hoffnung auf den Gemeinsamen Markt

Thesen zum 39. Kieler Konjunkturgespräch

von Doris Grimm, Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp

INHALTSVERZEICHNIS

I. Kräftiger Aufschwung in den Industrieländern	3
II. Geldpolitischer Kurswechsel.....	4
III. Finanzpolitik in etwa konjunkturneutral	7
IV. Kostendruck verstärkt sich.....	9
V. Produktionsanstieg schwächt sich ab.....	10
VI. Nachhaltig stärkere Wachstumsdynamik?.....	14
VII. EG 1992: Impulse für rascheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze.....	17
Literaturverzeichnis	23

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Konjunktur zwischen geldpolitischer Dämpfung und Hoffnung

auf den Gemeinsamen Markt: Thesen zum 39. Kieler
Konjunkturgespräch / Inst. für Weltwirtschaft Kiel. Von Doris
Grimm, Klaus-Werner Schatz u. Peter Trapp. - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft, 1989

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 149)

ISBN 3-925357-70-X

NE: Grimm, Doris [Mitverf.]; Schatz, Klaus-Werner [Mitverf.]; Trapp,
Peter [Mitverf.]; Kieler Konjunkturgespräch <39, 1989>; Institut für
Weltwirtschaft <Kiel>; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Kräftiger Aufschwung in den Industrieländern

1. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Industrieländern hat sich 1988 fortgesetzt. Das Bruttosozialprodukt ist mit rund 4 vH um reichlich einen Prozentpunkt stärker gestiegen als das Produktionspotential. Die Auslastung der Sachkapazitäten liegt nach sechs Aufschwungsjahren in den meisten Industrieländern nunmehr deutlich über der im Höhepunkt des Aufschwungs Ende der siebziger Jahre (Tabelle 1). Besonders die Anlageinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Beachtliche Zunahmen waren auch im Außenhandel zu verzeichnen; das Welthandelsvolumen expandierte 1988 um etwa 9 vH.

Die Beschäftigung wurde überall merklich erhöht. Doch während sie Ende 1988 in den USA um rund ein Fünftel höher als 1980 war, wurde in Westeuropa der Stand von 1980 gerade erst wieder erreicht. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im zweiten Halbjahr 1988 sichtlich beschleunigt, obschon die weiterhin mäßige Zunahme der Lohnkosten und der deutliche Rückgang der Weltmarktpreise für Erdöl dämpfend wirkten. Am Jahresende war der Preisauftrieb mit rund 4 vH etwa einen Prozentpunkt stärker als im ersten Halbjahr 1988. Besonders ausgeprägt war die Beschleunigung der Inflation im Vereinigten Königreich.

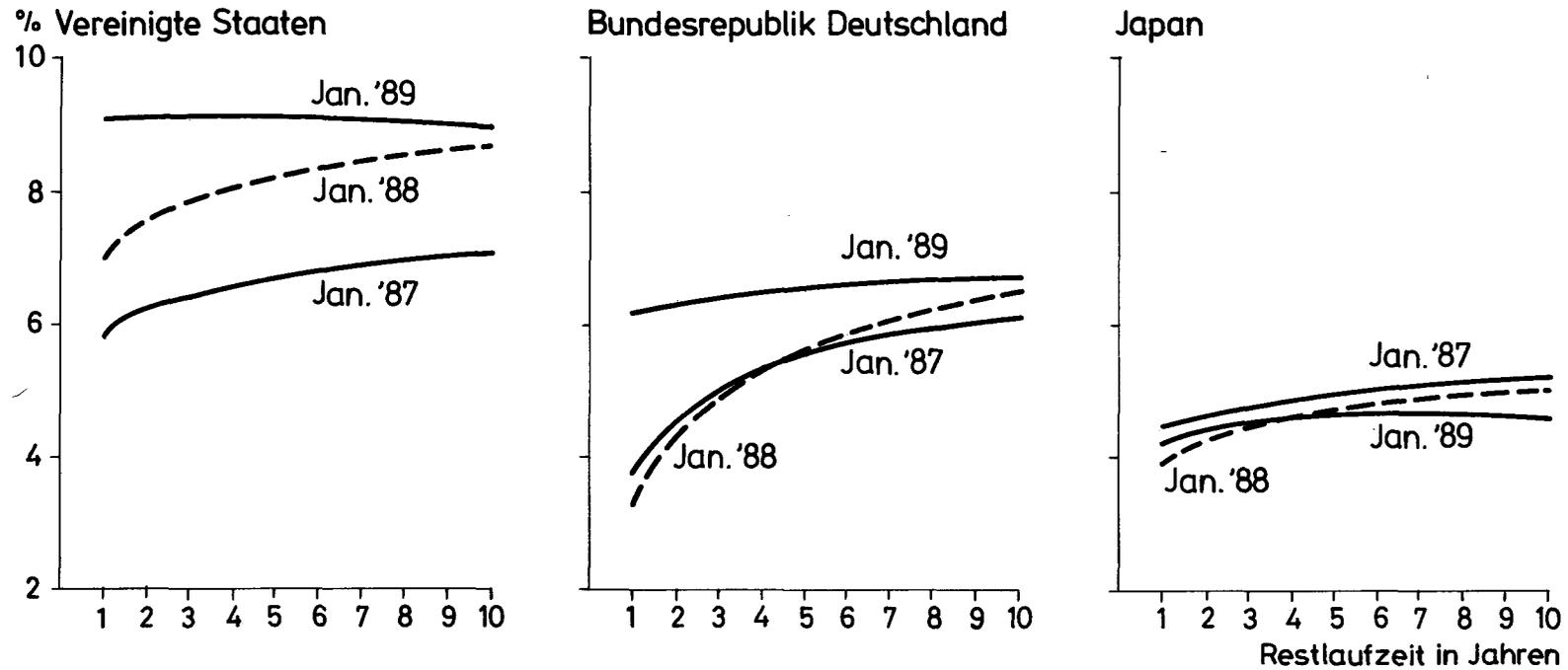
Tabelle 1 - Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (vH)

	Höhepunkt 1979/80	Tiefpunkt 1982/83	1986	1987	1988	Ende 1988 (a)
USA	84,6	69,0	79,7	81,0	83,5	84,4
EG	83,9	76,4	82,2	82,5	84,9	87,5
Bundesrepublik Deutschland	86,0	75,3	84,7	83,5	85,0	87,5
Frankreich	85,3	81,1	83,3	83,5	85,7	87,0
Vereinigtes Königreich	87,6	73,0	85,1	87,5	93,7	94,5
Italien	77,3	69,1	75,2	76,7	77,6	79,5

(a) Zum Teil geschätzt.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Reihe B. Brüssel, lfd. Jgg.

Schaubild - Zur Entwicklung der Zinsstruktur am Kapitalmarkt in den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und in Japan



Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 2, Wertpapierstatistik, lfd. Jgg.; Board of Governors of the Federal Reserve System, Federal Reserve Bulletin, lfd. Jgg.; The Japan Economic Journal, lfd. Jgg.; eigene Berechnungen und Schätzungen.

4. In Westeuropa ist die Geldpolitik angesichts der Festigung des Dollarkurses seit Mitte 1988 weniger expansiv gestaltet worden. In der Bundesrepublik Deutschland z.B. sind die Zinsen auf breiter Front gestiegen, und die Zinsstrukturkurve ist deutlich flacher geworden. Anlaß zu einer geringeren Geldmengenausweitung wurde gesehen, weil nach der sehr starken monetären Expansion in den vergangenen Jahren der Preisanstieg spürbar zugenommen hat und die nochmals erheblich gestiegene Kapazitätsauslastung eine weitere Beschleunigung befürchten läßt. In einigen Ländern hat die kräftige Zunahme des außenwirtschaftlichen Defizits zu dem Kurswechsel beigetragen.

5. In Japan dagegen war die Notenbank 1988 bestrebt, der Inlandsnachfrage weiter kräftige Impulse zu geben. Ausschlaggebend war wohl das Bemühen, den Überschuß in der Leistungsbilanz durch vermehrte Importe zu verringern und damit den Forderungen nach protektionistischen Maßnahmen gegen japanische Exporte zu begegnen. Anders als in den USA und in Westeuropa sind die Zinsen am langen Ende in Japan im Verlauf von 1988 gesunken, was auf eine Abnahme der langfristigen Inflationserwartungen hindeutet. Kurzfristig zeichnet sich aber wegen der Abwertung des Yen gegenüber dem Dollar seit Anfang 1989 und der Einführung der Mehrwertsteuer im April eine Zunahme des Preisanstiegs ab. Die japanische Notenbank ist daher auf einen weniger expansiven Kurs übergegangen; die Zinsstrukturkurve war Anfang 1989 merklich flacher als ein Jahr zuvor.

6. Auf Nachfrage und Produktion in den Industrieländern dürfte sich die monetäre Dezeleration wegen der Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik erst im späteren Verlauf von 1989 auswirken. Die Dämpfung der Inlandsnachfrage wird wahrscheinlich zunächst in den USA eintreten und sich in Westeuropa und insbesondere in Japan deutlich wohl erst 1990 zeigen. Dies wird dann angesichts vermehrter Überhitzungserscheinungen zumeist vermutlich kaum Besorgnis erregen, zumal die Erwartungen steigender Inflationsraten zunehmen dürften, weil die Löhne mehr und mehr auf die Preisentwicklung reagieren werden. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Geldmengenausweitung in Westeuropa und Japan auch 1990 mäßig bleibt. Der Kurs des Dollars dürfte bei diesen geldpolitischen Tendenzen real etwa konstant bleiben. Im EWS wird es wohl zu einer Wechselkursanpassung kommen, weil in einigen Ländern sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit merklich verschlechtert hat und deren Defizite im Außenhandel beträchtlich gestiegen sind, stärkere Erhöhungen der Zinsen als in den Partnerländern aber als konjunkturell übermäßig dämpfend und daher nicht akzeptabel erscheinen. Da diese Länder auch bestrebt sind,

den abwertungsbedingten Inflationsschub möglichst gering zu halten, wird die Wechselkursänderung wohl nicht über den Ausgleich der seit dem letzten Realignment von Anfang 1987 aufgelaufenen Inflationsdifferenzen hinausgehen.

III. Finanzpolitik in etwa konjunkturneutral

7. In der Finanzpolitik sind die Regierungen der meisten Länder bemüht, vermehrt Leistungs- und Investitionsanreize zu geben und gleichzeitig die Budgetdefizite zu verringern. Zu diesem Zweck werden einerseits Einkommen- und Unternehmensteuern gesenkt, andererseits wird der Ausgabenanstieg unter der Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts gehalten. Zum Teil sind auch Verbrauchsteuern angehoben oder Maßnahmen zur Verbreiterung der Steuerbasis ergriffen worden. Die direkten Nachfragewirkungen der Finanzpolitik werden somit weiter schwach bleiben. Soweit die Steuern gesenkt, Staatsunternehmen privatisiert und Regulierungen abgebaut werden, wirkt die Finanzpolitik allerdings anregend auf das Entstehen neuen Angebots und die Investitionstätigkeit und damit zugleich auf die private Nachfrage.

8. Nach den Planungen der neuen amerikanischen Administration wird das Defizit im Bundeshaushalt, nach 155 Mrd. US-\$ im Haushaltsjahr 1988, im laufenden Haushaltsjahr 170,2 Mrd. US-\$ betragen. Es wird damit um rund 25 Mrd. US-\$ höher ausfallen als ursprünglich veranschlagt. Hierzu hat beigetragen, daß die Stützung der Bundeseinlagenversicherung der Spar- und Leihkassen erhebliche Mehrausgaben erforderlich macht. Budgetpolitische Beschlüsse, mit denen das Defizit im laufenden Haushaltsjahr vermindert werden könnte, sind nicht zu erwarten. Jedoch strebt die Regierung für das Haushaltsjahr 1990 eine beträchtliche Verringerung des Defizits auf rund 95 Mrd. US-\$ an. Es würde damit unter der durch das Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz vorgegebenen Obergrenze von 100 Mrd. US-\$ liegen.

Der Defizitschätzung für 1990 liegt die Annahme zugrunde, daß sich der Aufschwung in unvermindertem Tempo fortsetzt und daß das Zinsniveau zurückgeht. Im Verlauf des Jahres dürfte sich aber abzeichnen, daß die Zinsen nicht sinken, sondern leicht steigen und die Konjunktur an Schwung verlieren wird. Das Defizit würde unter diesen Umständen 1990 wohl erheblich höher sein als geplant, selbst

wenn berücksichtigt wird, daß die Ausgaben real leicht sinken und - wie hier angenommen - die Preise stärker steigen und somit progressionsbedingt Steuermehreinnahmen anfallen werden. Will man vermeiden, daß automatische Ausgabenkürzungen gemäß dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz wirksam werden, wäre es allerdings erforderlich, den Ausgabenüberschuß durch diskretionäre Maßnahmen zu reduzieren. Ob es gelingt, das Defizit auf die gesetzlich vorgegebene Größenordnung zu verringern oder ob es - wie in den Vorjahren - letztlich deutlich höher ausfällt, ist nicht absehbar. Es wird hier unterstellt, daß das Defizit 1990 den Zielwert erheblich überschreiten wird. Der Ausgabenüberschuß des öffentlichen Sektors insgesamt, also einschließlich der Bundesstaaten und der Sozialversicherung, wird 1989 nach unserer Schätzung vermutlich in der Größenordnung von 2 vH des Bruttosozialprodukts und 1990 einen halben Prozentpunkt tiefer liegen (Tabelle 2). Damit ist es aber kaum höher als in den meisten anderen Industrieländern. Aus konjunktureller Sicht ist die Finanzpolitik in den USA 1989/90 als annähernd neutral zu bezeichnen.

Tabelle 2 - Finanzierungssalden des öffentlichen Sektors (a)

	1986	1987	1988	1989 (b)	1990 (b)
	in vH des Bruttosozialprodukts				
USA	-3,4	-2,3	-1,7	-2,0	-1,5
Japan	-1,1	-0,3	-0,2	0	0
Bundesrepublik Deutschland	-1,3	-1,7	-2,0	-1,0	-1,5
Frankreich	-2,9	-2,5	-1,6	-1,5	-1,5
Vereinigtes Königreich	-2,4	-1,4	0,3	0,5	1,0
Italien	-11,4	-10,5	-10,0	-10,0	-10,0

(a) Öffentlicher Sektor einschließlich Sozialversicherung. - (b) Prognose auf halbe Prozentpunkte gerundet.

Quelle: OECD, Economic Outlook. Paris, Dezember 1988; eigene Schätzungen und Berechnungen.

9. In Japan tritt im April dieses Jahres eine Steuerreform in Kraft. Die Einkommen- und Körperschaftsteuern werden gesenkt und einzelne indirekte Steuern abgeschafft. Gleichzeitig werden Steuervergünstigungen gestrichen und eine Mehr-

wertsteuer mit einem Satz von 3 vH eingeführt. Insgesamt wird erwartet, daß der Anteil der Steuern am Brutto sozialprodukt aufgrund dieser Maßnahme um rund einen halben Prozentpunkt sinkt. Gegenzurechnen ist aber die Progressionswirkung des Steuersystems. Alles in allem ist die japanische Finanzpolitik als konjunkturneutral einzuschätzen.

10. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Haushaltsdefizit des Staates 1989 voraussichtlich um rund 25 Mrd. DM auf 15-20 Mrd. DM sinken. Gemessen am Brutto sozialprodukt wird der Finanzierungssaldo von reichlich 2 vH im Jahr 1988 auf weniger als 1 vH zurückgehen. Hierzu trägt vor allem bei, daß Anfang 1989 Verbrauchsteuern erhöht und eine Quellensteuer auf Zinseinkünfte eingeführt worden sind. Außerdem werden die Staatsausgaben etwas langsamer steigen als im Vorjahr, in dem zusätzliche Mittel an die EG abzuführen waren, und die Steuereinnahmen werden konjunkturbedingt kräftig zunehmen. Die steuerlichen Maßnahmen und die progressionsbedingte Zunahme der Steuerbelastung, die bei steigenden Einkommen entsteht, verringern das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um etwa einen Prozentpunkt. Angesichts der Verringerung des Defizits, die deutlich stärker ist, als in den Haushaltsplänen ursprünglich veranschlagt worden war, sind wieder Forderungen nach Ausgabenerhöhungen laut geworden, z.B. für eine Aufstockung des Kindergeldes und für Wohnungsbauprogramme. Auch aus dem Ausland dürfte sich angesichts der anhaltend hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse der Druck verstärken, eine expansive Finanzpolitik zu verfolgen. Diese Forderungen zusammen werden sich 1990 wahrscheinlich in einer rascheren Ausweitung der Staatsausgaben niederschlagen. Anfang 1990 wird die dritte Stufe der Steuerreform wirksam. Sie führt unter Berücksichtigung progressionsbedingter Steuerermehrungen zu einer Entlastung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um etwa einen Prozentpunkt. Nachdem 1989 wahrscheinlich dämpfende Wirkungen von der Finanzpolitik auf die Konjunktur ausgehen werden, ist 1990 mit spürbar anregenden Effekten zu rechnen.

IV. Kostendruck verstärkt sich

11. Der Lohnkostenanstieg war in den meisten Ländern bis zuletzt relativ mäßig. Angesichts vermehrter Engpässe bei der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte dürften selbst bei weiterhin zurückhaltenden Tariflohnabschlüssen die Effektivlöhne

1989 aber stärker als bislang steigen. In einigen Ländern, z.B. in den USA, zeichnet sich dies schon deutlich ab. Die insgesamt relativ moderaten Tariflohn-erhöhungen geben Anlaß zu der Vermutung, daß sich die Verhaltensweisen der Tarifparteien geändert haben, möglicherweise auch aufgrund der hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit in Westeuropa oder aufgrund von Maßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt, so vor allem in den USA und im Vereinigten Königreich. Offen ist, ob die Lohnzurückhaltung dauerhaft ist. Zu einem erheblichen Teil dürfte der relativ mäßige Lohnanstieg nämlich Ausdruck des Lohn-Lags sein, d.h. der Tatsache, daß die Löhne der konjunkturellen Expansion und dem Preisanstieg mit einer Verzögerung folgen. Soweit diese Erklärung zutrifft, ist wohl spätestens 1990 bei merklich gestiegenen Inflationsraten und der verstärkten Erwartung einer weiteren Beschleunigung der Geldentwertung mit einem Aufholen der Löhne zu rechnen. Dann wird der Kostendruck erheblich steigen, zumal sich der Produktivitätsanstieg abflachen wird, sind doch die Produktivitätsreserven weitgehend erschöpft, die durch steigende Auslastung der Kapazitäten realisiert werden können.

12. Die Preise für Rohstoffe und Öl, die im zweiten Halbjahr 1988 merklich zurückgegangen waren, sind zur Jahreswende 1988/89 spürbar gestiegen. Die OPEC strebt sogar an, den Ölpreis durch eine Reduzierung des Angebots auf einem Niveau von 18 US-\$ pro Barrel zu stabilisieren. Solche Bemühungen waren aber bisher wenig erfolgreich, da sich die erforderlichen nachhaltigen Angebotseinschränkungen innerhalb der OPEC nicht durchsetzen ließen und weil eine beträchtliche Substitutionskonkurrenz durch andere Anbieter von Erdöl und durch andere Energieträger besteht. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß im Sog der konjunkturellen Überhitzung, die sich abzeichnet, der Erdölpreis doch erheblich steigt, wie dies auch für die Preise anderer Rohstoffe der Fall sein kann. Gleichwohl wird für die Konjunkturprognose in diesem Bericht unterstellt, daß sich die Preise für Rohöl und andere Rohstoffe, gemessen am gegenwärtigen Niveau, bis Ende 1990 real nur leicht erhöhen werden.

V. Produktionsanstieg schwächt sich ab

13. Die Konjunktur in den Industrieländern dürfte vor allem wegen der schwächeren monetären Expansion 1989 und 1990 an Schwung verlieren. Allerdings gibt es

auch Risiken, die zu einer Rezession führen könnten. Diese Gefahr bestünde insbesondere, wenn der geld- und finanzpolitische Kurs als Reaktion auf die Beschleunigung des Preisanstiegs deutlich restriktiver gestaltet werden würde als hier angenommen. Sie würde verstärkt, wenn die Regierungen bei anhaltenden außenwirtschaftlichen Defiziten vermehrt zu protektionistischen Maßnahmen griffen. Beides, eine deutlich restriktive Geldpolitik und Handelsbeschränkungen, würde zudem die Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer erheblich verschärfen.

Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die mittelfristigen Wachstumskräfte wohl stärker sind als noch vor wenigen Jahren. Die Angebotsbedingungen haben sich insgesamt verbessert. In vielen Ländern sind die Einkommen- und Unternehmensteuern gesenkt worden; die Gewinne der Unternehmen haben sich deutlich erhöht, nicht nur infolge des niedrigen Erdölpreises, sondern auch deshalb, weil der Kostenauftrieb insgesamt bislang vergleichsweise mäßig blieb; Kapitalverkehrsbeschränkungen sind verringert worden, und die Wirtschaftspolitik war bemüht, zumindest im Ansatz Hemmnisse für Unternehmen zu verringern und die Flexibilität auf den Märkten zu vergrößern. Die Maßnahmen haben nicht nur in diesen Ländern das Wachstum gefördert, sondern auch auf andere Länder ausgestrahlt und Nachahmungen angeregt.

14. Die verbesserten Angebotsbedingungen lassen erwarten, daß die zugrundeliegende Wirtschaftsdynamik relativ groß ist. Insbesondere die Investitionstätigkeit dürfte sich als recht robust erweisen und weniger als sonst üblich unter der schwächeren Konjunktur leiden. Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttosozialprodukt 1989 in den Industrieländern insgesamt nach unserer Einschätzung um 3 vH zunehmen und damit um rund einen Prozentpunkt weniger als 1988; im Jahr 1990 wird der Anstieg knapp 2,5 vH betragen (Tabelle 3). Die Kapazitätsauslastung wird demnach zunächst hoch bleiben und erst 1990 allmählich zurückgehen. Für den Welthandel wird nach den hohen Zuwachsraten in den beiden Vorjahren mit einer leicht verlangsamten Expansion gerechnet. Er dürfte sich 1989 um etwa 6 vH und 1990 um schätzungsweise 4 vH ausweiten. Die Beschäftigung nimmt wohl weiter zu, 1990 aber vermutlich um weniger als das Angebot an Arbeitskräften; die Arbeitslosenquote wird dann wieder leicht steigen. Der Preisauftrieb wird sich beschleunigen, zunächst weil die Nachfrage immer häufiger auf Angebotsengpässe stoßen wird, später vermehrt durch stärkeren Kostendruck. Der Anstieg der Konsumentenpreise, der 1988 noch 3 vH betrug, dürfte sich 1989 auf 4,5 vH und 1990 auf 5 vH erhöhen.

Tabelle 3 - Reales Bruttosozialprodukt und Preise in den Industrieländern 1988-1990

	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
	1988 (a)	1989 (b)	1990 (b)	1988 (a)	1989 (b)	1990 (b)
USA	3,8	2,5	1,5	4,1	5,5	6
Japan	6	4,5	4	0,6	2,5	3
Bundesrepublik Deutschland	3,4	2,5	2	1,2	3	3,5
Westeuropa	3,5	2,5	2	3,3	4	4,5
Industrieländer insgesamt	4	3	2,5	3	4,5	5

(a) Teilweise geschätzt; auf halbe Prozentpunkte gerundet. - (b) Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet.

Quelle: OECD, Quarterly National Accounts. Paris, lfd. Jgg.; eigene Berechnungen und Schätzungen.

15. In den USA werden 1989 und 1990 vom Export und von den Ausrüstungsinvestitionen weiterhin kräftige, wenn auch deutlich schwächere Impulse als in den letzten beiden Jahren ausgehen. Da die Investitionsgüter zu einem erheblichen Teil eingeführt werden, werden die Importe wohl nochmals beträchtlich zunehmen. Für die Inlandsnachfrage insgesamt wird 1989 mit einem Anstieg von 2 vH und 1990 von nur 1 vH gerechnet. Aufgrund der lebhaften, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr schwächeren Exportsteigerung wird die Zunahme des Bruttosozialprodukts aber etwas höher veranschlagt, und zwar auf 2,5 vH im Jahr 1989 und 1,5 vH im Jahr 1990. Die Ausweitung der Beschäftigung wird anhalten, aber zunehmend flacher verlaufen; die Arbeitslosenquote dürfte sich im späteren Verlauf dieses Jahres und 1990 leicht erhöhen. Die Verbraucherpreise werden 1989 wohl um 5,5 vH und 1990 um rund 6 vH steigen. Das Leistungsbilanzdefizit, das 1988 rund 135 Mrd. US-\$ betragen hat, wird 1989 wie 1990 vermutlich um 20 Mrd. US-\$ auf schließlich rund 2 vH des Bruttosozialprodukts sinken.

16. In Japan werden die Inlandsausgaben 1989 mit rund 5 vH etwas weniger stark als 1988 zunehmen. Zwar wird die Geldpolitik angesichts rascher steigender Preise die monetäre Expansion 1989 wohl verringern; doch dürfte dies erst im Verlauf von 1990 dämpfend wirken; für das Jahr insgesamt ist mit einem Ausgabenzuwachs zu

rechnen, der nur wenig unter dem des Vorjahres liegen wird. Der Importsog wird sich daher erst im Verlauf von 1990 verringern. Die Exporte werden bei einer auf den wichtigsten Absatzmärkten verhalteneren Konjunktur wohl langsamer als bislang und langsamer als die Importe ausgeweitet. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts dürfte von rund 6 vH im Jahr 1988 auf 4,5 vH in diesem Jahr und 4 vH im Jahr 1990 zurückgehen. Der Lohnkostenanstieg wird 1989 und 1990 wohl spürbar höher ausfallen als 1988, weil Arbeitskräfte knapp werden und die Unternehmen nach der beträchtlichen Verbesserung der Gewinne die Bonuszahlungen aufstocken werden. Dies dürfte zusammen mit der Einführung der Mehrwertsteuer in diesem Jahr, die einen deutlichen Preisschub bewirken wird, das Preisklima verschlechtern. Nach einer Zunahme um 0,6 vH im Jahr 1988 wird der Verbraucherpreisanstieg dieses Jahr wohl 2,5 vH betragen und 1990 etwa 3 vH.

17. In der Bundesrepublik Deutschland gehen 1989 von der starken Geldmengenexpansion der Vorjahre noch kräftige anregende Wirkungen auf die Binnenkonjunktur aus. Die Bundesbank ist angesichts des wiedererstarteten Dollars und der darum befürchteten Inflationsanstöße zwar bemüht, die Geldmengenausweitung zu dämpfen; doch dürften die Inlandsausgaben darauf erst im späteren Verlauf des Jahres mit einer sichtbar schwächeren Expansion reagieren. Konjunkturstützend wirkt zudem, daß die weltweite Belebung der Investitionstätigkeit die deutschen Unternehmen wegen ihrer starken Wettbewerbsposition in diesem Bereich begünstigt. Dies, die Abwertung der D-Mark im Verlauf von 1988 sowie der weitere Anstieg der Gewinne, haben die Investitionsneigung in der Bundesrepublik deutlich verbessert. Zwar sind zum Teil wohl auch Projekte, die zuvor wegen der Wechselkursunsicherheit aufgeschoben worden waren, nachgeholt worden. Bei der erwarteten Wechselkursentwicklung wird die Investitionstätigkeit im laufenden Jahr aber vermutlich noch lebhaft bleiben, so daß ein abruptes Bremsen der Inlandsausgaben wohl vermieden werden kann, obwohl die Geldpolitik die monetäre Expansion deutlich gebremst hat. Stützend wirkt zudem die Einkommensteuersenkung Anfang 1990, die Impulse für den privaten Verbrauch geben wird. Die Inlandsnachfrage wird nach einer Ausweitung um 3,7 vH im Jahr 1988 in diesem Jahr mit wohl reichlich 3 vH nochmals deutlich expandieren. 1990 wird sich die Zunahme auf vermutlich 2 vH abschwächen. Das Bruttosozialprodukt wird dabei 1989 um schätzungsweise 2,5 vH steigen und 1990 um 2 vH. Die Kapazitätsauslastung bleibt also zunächst außerordentlich hoch. Angesichts der deutlich geringeren konjunkturellen Expansion werden die Unternehmen ihre Investitionspläne für 1990 wohl kaum noch aufstocken. Insgesamt dürfte die Investitionstätigkeit aber auf hohem Niveau bleiben.

18. Für die wichtigsten Bereiche sind in diesem Jahr relativ mäßige Lohnerhöhungen vorgesehen. Dennoch sind stärkere Preissteigerungen zu erwarten, da die Produktivitätszunahme geringer wird und größere Engpässe beim Angebot auftreten werden. Nach dem Sprung des Preisniveaus zu Beginn des Jahres 1989, der auch durch die Anhebung von Verbrauchsteuern verursacht war, wird der laufende Preisanstieg vermutlich 2,5-3 vH betragen. Im Jahresergebnis dürfte die Teuerung 1989 mit etwa 3 vH deutlich höher ausfallen als 1988 (1,2 vH); 1990 wird der Preisanstieg wohl bei 3,5 vH liegen.

VI. Nachhaltig stärkere Wachstumsdynamik?

19. Das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts je Einwohner in den Industrieländern, das sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stark abgeschwächt hatte, war auch im Durchschnitt der achtziger Jahre nur mäßig. Die Arbeitslosigkeit, die schon in den siebziger Jahren zugenommen hatte, hat sich nochmals erheblich erhöht. Das Tempo der Inflation hat sich dagegen deutlich verlangsamt.

Vergleicht man die sechs wichtigsten Industrieländer, so zeigen sich im einzelnen allerdings große Unterschiede (Tabelle 4). Das Anstiegstempo des Bruttosozialprodukts in Frankreich und in der Bundesrepublik ist relativ kräftig zurückgegangen. Dies gilt in geringerem Maße auch für Japan, allerdings war die Zuwachsrate dort etwa doppelt so hoch wie in Westeuropa. Im Vereinigten Königreich hat sich die Sozialproduktszunahme dagegen leicht beschleunigt. Ähnliche Tendenzen zeigen sich insgesamt bei den Investitionen. Eine Abnahme der Investitionstätigkeit im Durchschnitt der achtziger Jahre ist vor allem für die Bundesrepublik und Frankreich zu beobachten. Die geringe Ausweitung der Anlageinvestitionen in diesen Ländern ist hauptsächlich auf die schwache Wohnungsbautätigkeit zurückzuführen. Aber auch die Anlageinvestitionen der Unternehmen sind in Westeuropa, ausgenommen das Vereinigte Königreich, nur relativ wenig erhöht worden. In diesen Ländern war auch die Arbeitsmarktentwicklung sehr ungünstig. Häufig wird vermutet, der geringe Produktionsanstieg und die hohe Arbeitslosigkeit seien durch die starke Orientierung der Geldpolitik an der Erhaltung von Preisniveaustabilität in der Bundesrepublik bedingt, die wegen des Wechselkursverbands im EWS auch auf die Partnerländer ausstrahle. Tatsächlich jedoch war weder die Inflationsrate in den EWS-Ländern extrem niedrig noch die Verringerung des Preisanstiegs besonders

Tabelle 4 - Zur wirtschaftlichen Entwicklung in wichtigen Industrieländern in den siebziger und achtziger Jahren

	USA	Japan	Bundes- republik Deutsch- land	Frank- reich	Italien	Verein- igtes König- reich
Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH						
Bruttosozialprodukt (a)						
1970-1979	3,1	4,7	2,9	3,5	3,0	2,3
1980-1989 (b)	2,9	4,1	1,8	2,0	2,4	2,7
Bruttosozialprodukt (a) je Einwohner						
1970-1979	2,1	3,5	2,7	2,9	2,5	2,3
1980-1989 (b)	1,9	3,5	1,8	1,5	2,2	2,5
Anlageinvestitionen (a)						
1970-1979	4,6	3,9	1,3	2,9	0,3	1,0
1980-1989 (b)	3,5	5,5	0,4	1,1	1,6	3,3
Anlageinvestitionen der Unternehmen (a)						
1970-1979	4,4	2,2	1,6	2,2	1,1	3,1
1980-1989 (b)	3,3	8,4	2,7	2,2	2,2	6,5
Produktivität (a) (c)						
1970-1979	0,5	3,8	3,1	3,3	2,5	2,0
1980-1989 (b)	1,0	3,0	1,8	1,8	1,8	2,3
Beschäftigung						
1970-1979	2,7	1,8	0,2	1,2	1,3	0,3
1980-1989 (b)	2,1	1,5	0	0,2	0,3	0,3
Preisindex für die Lebenshaltung						
1970-1979	7,2	9,1	5,0	9,2	13,2	13,2
1980-1989 (b)	4,7	1,9	2,5	6,6	10,1	6,1
Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen Anfangs- und Endjahr der Periode in Prozentpunkten						
Arbeitslosigkeit						
1970-1979	0,8	0,9	2,7	3,5	2,2	2,1
1980-1989 (b)	-1,7	0,5	4,5	4,1	3,2	1,4

(a) In Preisen von 1980. - (b) Zum Teil geschätzt. - (c) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: OECD, Economic Outlook. Paris, Dezember 1988; eigene Berechnungen und Schätzungen.

ausgeprägt. In Japan z.B. fiel die Inflationsrate mit 1,9 vH im Durchschnitt der achtziger Jahre nicht nur am niedrigsten aus, sondern sie weist auch den weitaus stärksten Rückgang auf, verglichen mit der Inflation in den siebziger Jahren. Gleichzeitig kam es dort zu einem kräftigen Wachstum und nur zu einem geringen Anstieg der Arbeitslosenquote. In den USA, wo die Inflationsrate wie in der Bundesrepublik und Frankreich in den achtziger Jahren 2,5 Prozentpunkte niedriger war als in den siebziger Jahren, ist die Arbeitslosenquote im Verlauf der achtziger Jahre sogar gesunken. Ein einseitig auf Inflationsbekämpfung ausgerichteter wirtschaftspolitischer Kurs kann daher wohl kaum Ursache für die Investitionsschwäche und die beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Kontinentaleuropa sein. Vielmehr sind wohl strukturelle Gründe dafür verantwortlich.

20. Beginnend mit 1987 hat sich allerdings die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern, auch in Westeuropa, spürbar verstärkt. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Investitionen kräftig ausgeweitet wurden. Sehr dynamisch verlief die Entwicklung in Japan; dort waren die Investitionen aber auch schon vor der Mitte der achtziger Jahre beträchtlich ausgeweitet worden.

Die starke Belegung in Westeuropa wirft die Frage auf, ob die Investitionslethargie, die in vielen Ländern seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts herrschte, nun überwunden ist und die Investitionstätigkeit auf einem dauerhaft steileren Anstiegspfad verläuft. Die in letzter Zeit sehr rege Ausweitung der Investitionen könnte auch ein lediglich konjunkturelles Phänomen sein, das regelmäßig zu beobachten ist, wenn im Zuge des Aufschwungs die Auslastung der Produktionskapazitäten steigt und Kapazitätsengpässe die Unternehmen zu vermehrten Investitionen veranlassen. Außerdem verlief die internationale Diskussion über den richtigen Kurs der Wirtschaftspolitik, die zusammen mit dem wiederholten Dollarkursfall immer wieder irritierend auf die Unternehmen gewirkt hat, 1988 in ruhigeren Bahnen, so daß Vorhaben, die vielleicht aufgeschoben worden waren, nachgeholt worden sein dürften. Diese Argumente sprechen für eine in der Grundtendenz geringere Investitionsdynamik, als es die Entwicklung seit 1987 nahelegt.

Allerdings haben sich auch einige Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Westeuropa verbessert, und die Wirtschaftspolitik ist vielfach bemüht, die Investitionsneigung dauerhaft zu stärken. Zudem ist für die Unternehmen absehbar, daß sich mit der Errichtung des Europäischen Binnenmarktes der EG bis 1993 tiefgehende Wandlungen ihres Umfeldes abzeichnen, die Anpassungen erzwingen, aber

auch große Chancen eröffnen, die mit jenen verglichen werden können, die nach Meinung vieler die Errichtung der EG geboten hatte.

21. Bedeutsam ist hier, daß der Europäische Binnenmarkt zwar erst 1993 verwirklicht sein soll, die Schritte dazu aber schon vorher erfolgen. Zudem ist zu bedenken, daß für die strategischen Entscheidungen der Unternehmen nicht selten Zeitspannen maßgeblich sind, die beträchtlich größer sind als die, die noch bis zur Errichtung des Europäischen Binnenmarktes verbleiben. Daher dürfte das Investitionsverhalten der Unternehmen durchaus schon erheblich durch Maßnahmen im Zusammenhang mit dem künftigen einheitlichen Wirtschaftsgebiet in der EG geprägt worden sein. Auch für die nächsten Jahre ist mit kräftigen Impulsen für die Investitionstätigkeit zu rechnen, da bedeutsame Maßnahmen zur Realisierung des Binnenmarktes noch beschlossen werden müssen. Trifft diese Sichtweise zu, dann käme es auch zu einer rascheren Ausweitung des Produktionspotentials. Die gedämpfte konjunkturelle Entwicklung, die sich fast überall in Westeuropa infolge geringerer stimulierender Effekte der Geldpolitik und nachlassender Konsumneigung abzeichnet, müßte dann als weniger wichtig gewertet werden, weil der Ausbau der Produktionskapazitäten in der Grundtendenz beschleunigt fortschreiten würde. Im folgenden wird analysiert, wie man die Ideen, Maßnahmen und Vorschläge zur Verwirklichung des Binnenmarktes qualitativ zu beurteilen hat.

VII. EG 1992: Impulse für rascheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze

22. Nachdem es lange Zeit nur wenig Fortschritte bei der Verwirklichung des Binnenmarktes in der EG gegeben hatte, hat sich das Tempo in den achtziger Jahren zunehmend beschleunigt. 1982 erklärten die Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen die Vollendung des Binnenmarktes zum nunmehr vordringlichen Ziel. 1985 legte die Kommission der EG ein Weißbuch vor, das zahlreiche Maßnahmen zur Verwirklichung des Binnenmarktes auflistete und einen zeitlichen Fahrplan dazu vorsah [Kommission, c]. Das Weißbuch wurde kurz darauf vom Rat verabschiedet, der 1986 schließlich die Einheitliche Europäische Akte beschloß, mit der der Gründungsvertrag zur EWG insbesondere mit dem Ziel ergänzt und abgeändert wurde, den Binnenmarkt bis Ende 1992 zu errichten. In ihrem Bericht vom 17.11.1988 über die Fortschritte bei der Verwirklichung des Binnenmarktes teilte die Kommission mit, sie werde bis Ende 1988

zu 90 vH der im Weißbuch genannten 279 Maßnahmen (aktualisierter Katalog) konkrete Vorschläge gemacht haben; der Rat habe 108 Vorschläge verabschiedet oder Einvernehmen über sie hergestellt. Damit sind die Konturen des Binnenmarktes in vielerlei Hinsicht schon gut erkennbar.

23. Die Maßnahmen betreffen drei Komplexe, nämlich (a) die innergemeinschaftlichen Grenzen, (b) die indirekten Steuern und (c) die nichttarifären Handelshemmnisse sowie verschiedene staatliche Regulierungen. Die direkten Kosten der innergemeinschaftlichen Grenzen durch Zeitverluste infolge der Kontrollen, Zollformalitäten oder Erfassung von Daten für statistische Zwecke sowie durch Gebühren werden auf rund 2 vH des Warenwertes geschätzt. Entfielen die Grenzen, dann wäre nicht nur wegen der Kostenersparnis mit positiven Impulsen für die Wirtschaft zu rechnen, sondern wohl auch deshalb, weil sich viele, vor allem kleinere Unternehmen nicht mehr durch die Formalitäten davon abhalten lassen würden, über die Grenzen hinweg tätig zu werden. Zwar sieht es die Kommission als unabdingbar an, die Mehrwertsteuern (innerhalb einer Bandbreite) und die Verbrauchsteuern zu harmonisieren, damit die Grenzen in der Gemeinschaft beseitigt werden können; tatsächlich ist dies aber nicht unumgänglich, weil durch Wechselkursänderungen Unterschiede im Niveau der allgemeinen Verbrauchsteuern ausgeglichen und sonst zu erwartende Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden könnten [Wissenschaftlicher Beirat, 1985].

24. Dagegen ist die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse sowie vieler staatlicher Regulierungen essentiell für die Errichtung des Binnenmarktes. Anders als die Zölle sind die nichttarifären Handelshemmnisse (bzw. ähnlich wirkende Maßnahmen) durch den Vertrag zur Gründung der EWG nicht beseitigt, sondern sogar weiterhin zugelassen worden. Auch haben die Regierungen von ihnen zunehmend Gebrauch gemacht, um inländische Anbieter zu schützen [Dicke et al., 1987]. Beispiele sind technische Normen, Qualitätsanforderungen und andere produktspezifische Vorschriften. Vorgesehen war allerdings, solche nationalen Maßnahmen im Zeitablauf zu harmonisieren, also auch ihren Protektionscharakter im innergemeinschaftlichen Handel zu beseitigen. Ähnlich wurde auch für die staatlichen Regulierungen beabsichtigt, nach und nach eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Betroffen von Regulierungen sind vor allem die Dienstleistungssektoren, die weithin als wettbewerbliche Ausnahmebereiche galten. Hier schränkt der Staat unter anderem den internationalen Handel und Kapitalverkehr ein, er hindert in- und ausländische Unternehmen oder Einzelpersonen am Markteintritt (Niederlassungsfrei-

heit), und er errichtet private oder staatliche Monopole (z.B. im Telekommunikationssektor). Die Verzerrungen der Produktionsstrukturen, die Hemmnisse im internationalen Handel und die Blockaden von Marktprozessen, die durch die nicht-tarifären Handelshemmnisse und die Regulierungen verursacht werden, sind sehr beträchtlich [Donges, Schatz, 1986]. Hinzu kommen Schäden, die durch die Beschaffungspolitik entstehen, weil die öffentlichen Monopolisten, aber auch der Staat selbst gewöhnlich nur bei inländischen Anbietern nachfragen, also nicht unbedingt beim billigsten Produzenten. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten aller dieser Eingriffe und Maßnahmen werden auf rund 2,5 vH des Bruttoinlandsprodukts der EG geschätzt. Im großen und ganzen sind die Versuche der Harmonisierung in den angesprochenen Bereichen wenig erfolgreich gewesen.

25. Für die Tatsache, daß die Fortschritte in neuerer Zeit wesentlich größer sind, ist neben dem bekundeten politischen Willen vor allem die Änderung der Integrationsstrategie bedeutsam. Grundsätzlich ist in den Mitgliedsländern das Bestimmungslandprinzip maßgeblich. Bislang mußten Waren, die in ein Land eingeführt werden sollen, dessen Vorschriften genügen, und jedes Land war berechtigt, Wirtschaftszweige, z.B. die Versicherungswirtschaft oder den Verkehrssektor, nach seinem Ermessen zu regulieren. Die Harmonisierungsstrategie zielte zum Zwecke der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes auf den Ersatz nationaler Rechts- und Verwaltungsvorschriften einschließlich der Politiken durch gemeinsame Regelungen ab (institutionelle Harmonisierung [Giersch, 1988]).

26. Im Gefolge des Cassis-de-Dijon-Urteils des Europäischen Gerichtshofes von 1978 sind Rat und Kommission mehr und mehr von der Harmonisierungsstrategie abgerückt. Das Urteil besagt, daß nichttarifäre Handelshemmnisse (und Maßnahmen gleicher Wirkung) von den Mitgliedsländern nur aufgrund zwingender Erfordernisse aufrechterhalten werden dürfen. Im Grundsatz gilt, daß Güter, die in einem Mitgliedsland nach dessen Vorschriften (z.B. zum Schutze der Gesundheit) rechtmäßig hergestellt und in den Verkehr gebracht werden, ohne weiteres in die übrigen Mitgliedsländer eingeführt werden dürfen (Ursprungslandprinzip). Dieses Prinzip wird von der Kommission auch auf die Dienstleistungen übertragen. Nach ihrem "neuen Lösungsansatz" für den Abbau der technischen Handelshemmnisse, der vom Rat 1985 verabschiedet worden ist, sollen gemeinschaftlich nur noch wesentliche Erfordernisse in Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz beschlossen werden, denen nationale Vorschriften genügen müssen, damit Güter und Dienstleistungen, die ihnen entsprechen, EG-weit vertrieben werden dürfen.

Dem Ursprungslandprinzip entspricht auch, daß die Mitgliedsländer, wie die Kommission vorgeschlagen hat, ihre Zulassungsprüfungen und -bescheinigungen gegenseitig anerkennen. Der Übergang auf das Ursprungslandprinzip bedeutet, daß nunmehr nationale Rechtsregeln in Wettbewerb treten [Siebert, 1989]. Zu erwarten ist, daß sich auf die Dauer die Regeln durchsetzen werden, unter denen Ziele effizient erreicht werden, die Unternehmen also am billigsten produzieren können, und daß sich Ziele - auch ohne Vorabharmonisierung - annähern.

27. Unverkennbar ist auch ein Wandel hinsichtlich wichtiger Bereiche, die staatlich reguliert sind. Teilweise hat auch hier der Europäische Gerichtshof politische Bewegung bewirkt, nachdem sich die Regierungen über Jahrzehnte gegenseitig blockierten. So etwa durch sein Urteil aus dem Jahr 1985, nach dem in angemessener Zeit im Verkehrssektor internationale Dienstleistungsfreiheit in der EG herzustellen sei und für gebietsfremde Unternehmen Teilnahmemöglichkeiten am Verkehr innerhalb anderer EG-Länder zu schaffen seien. Wichtig ist aber auch hier ein Strategiewechsel. Herrschte lange Zeit das Bemühen vor, an die Stelle regulierender nationaler Politiken eine gemeinsame Politik zu setzen, wie es auch der Vertrag vorsieht, also Regulierung durch die EG, so haben sich die Akzente deutlich in Richtung auf Deregulierung verschoben. Dabei waren vermutlich auch Einflüsse von außen bedeutsam, wie die Deregulierung des Luftverkehrs in den USA, die die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Fluggesellschaften auch im internationalen Luftverkehr beträchtlich gesteigert hat, und das Drängen einzelner Mitgliedsländer wie des Vereinigten Königreichs, das seinen Luftverkehr bereits stark dereguliert hat. Ferner hat sicherlich eine Rolle gespielt, daß die Reglementierungen, aber auch die Protektion, die die staatlichen Interventionen bedeuten, die Erschließung und Nutzung neuer Technologien, beispielsweise in der Telekommunikation, stark hemmen. Dies ist auch ein wichtiger Grund dafür, daß die nationale Beschaffungspolitik, z.B. durch die Postverwaltungen, dem Angebot und Wettbewerb der Unternehmen aus allen Mitgliedsländern geöffnet werden soll.

28. Einige Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes können Tabelle 5 entnommen werden. Weitreichende Beschlüsse müssen noch getroffen werden. Auch ist keineswegs sicher, daß mit dem Ablauf des Jahres 1992 der Europäische Binnenmarkt verwirklicht sein wird, zumal die Regierungen in der Schlußakte zur Einheitlichen Europäischen Akte niedergelegt haben: "Die Festsetzung des Termins 31. Dezember 1992 bringt keine automatische rechtliche Wirkung mit sich." Gleichwohl gibt es Festlegungen in den maßgeblichen Dokumenten, Erwartungshaltungen

der Öffentlichkeit und ein Drängen von Mitgliedsländern, oft auf recht verschiedenen Gebieten, die zwar eine Verzögerung nicht ausschließen, einen Stillstand oder gar eine Umkehr auf dem Wege zum Europäischen Binnenmarkt aber wenig wahrscheinlich machen. Bedeutsam ist hier auch, daß durch eine mit der Einheitlichen Europäischen Akte neu in den EWG-Vertrag eingefügte Bestimmung Entscheidungen für die Schaffung und das Funktionieren des Binnenmarktes im Rat - allerdings mit Ausnahmen - nun mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden, während bis dahin Einstimmigkeit vorgeschrieben war. Ferner kann der Rat entsprechend dem Äquivalenzprinzip (Tabelle 5) vor Ende 1992 mit Mehrheit beschließen, daß die Vorschriften von Mitgliedsländern als gleichwertig anerkannt werden müssen; das Ursprungslandprinzip kann also gegen den Widerstand einzelner Länder durchgesetzt werden. Diese grundsätzliche Hinwendung zum Ursprungslandprinzip als Leitlinie für den Binnenmarkt bedeutet, daß die Integration der Märkte nicht warten muß, bis sich die Regierungen auf Vorschriften und Politiken geeinigt haben, sondern voraneilen kann [Giersch, 1988]. Aus diesem Grunde ist auch zu vermuten, daß sich mehr Unternehmen und Branchen als diejenigen, die bereits unmittelbar von Beschlüssen betroffen sind, auf den Binnenmarkt einstellen.

29. Untersuchungen, die im Auftrage der Kommission durchgeführt wurden, kommen zu dem Ergebnis, die Verwirklichung des Binnenmarktes werde zu einem um fast einen Prozentpunkt rascheren Wirtschaftswachstum und innerhalb von sechs Jahren zu fast 2 Mill. zusätzlichen Arbeitsplätzen führen [Kommission, a]. Die Wirkungen der Errichtung des Binnenmarktes sind damit sicherlich unterschätzt, weil in den Untersuchungen unter anderem nicht berücksichtigt ist, daß Unternehmen als Folge des schärferen Wettbewerbs die Fertigungstiefe verringern, um billiger zu beziehen, was sie jetzt selbst herstellen. Nicht abgedeckt ist auch, daß Unternehmen ihre Standorte verlagern, um Gebrauch von Standortvorteilen machen zu können. Beides würde aber die Allokation verbessern und wäre wachstums- und beschäftigungsfördernd. Dynamische Wirkungen eines intensiveren Wettbewerbs werden allenfalls zum geringen Teil erfaßt, wie auch in den Kommissionsberichten betont wird. Letztlich fehlt, was nicht rechenbar und aus Vergangenheitstrends nicht ableitbar ist, nämlich die Schubkraft, die der Abbau von Hemmnissen für Innovationen bewirkt. Sicherlich würde die Errichtung des Binnenmarktes Wachstum und Beschäftigung in der Gemeinschaft insgesamt erheblich mehr fördern, als die vorliegenden Rechnungen zeigen. Bedeutsam ist ferner, daß zunehmender Wettbewerb, der Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen und Regulierungen nicht erst 1993 wirksam werden, sondern Schritt um Schritt bis dahin. Dies stützt die

Tabelle 5 - Ausgewählte Maßnahmen zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992

Zeitpunkt (a)	Art der Maßnahme
7.5.1985	Neue Konzeption der technischen Harmonisierung und Normung. Die Mitgliedsländer beschließen die gegenseitige Anerkennung nationaler Normen, sofern diese grundlegenden Sicherheitsanforderungen entsprechen. Damit entfällt die Notwendigkeit, die Normen für einzelne Produkte zu harmonisieren.
17.11.1986	Der Europäische Rat beschließt Maßnahmen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Langfristige Handelskredite, der Erwerb ausländischer Wertpapiere und die gegenseitige Zulassung von Wertpapieren am Kapitalmarkt werden mit Wirkung vom 28.2.1987 liberalisiert. Längere Übergangsfristen gelten für Portugal, Spanien, Italien, Irland und Griechenland. Für den Fall außergewöhnlich umfangreicher kurzfristiger Kapitalbewegungen bei Spannungen auf dem Devisenmarkt ist eine Ausnahmeregelung vorgesehen. Im Kapitalverkehr mit Drittländern ist grundsätzlich der gleiche Grad an Liberalisierung anzuwenden wie im Innern der Gemeinschaft (erga-omnes-Prinzip).
25.6.1987	Richtlinie über einfache Druckbehälter, gültig ab 1.7.1990. Erste Maßnahme auf der Basis der neuen Konzeption der technischen Harmonisierung.
1.7.1987	Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte zur Änderung und Ergänzung des EWG-Vertrages insbesondere zwecks Errichtung des Binnenmarktes. (Enthält unter anderem die Bestimmung, das Äquivalenzprinzip im Sinne des Cassis de Dijon-Urteils auch für Rechts- und Verwaltungsvorschriften vor Ende des Jahres 1992 mit qualifizierter Mehrheit anzuwenden.)
4.8.1987	Die Kommission unterbreitet dem Rat einen Vorschlag zur Annäherung der Mehrwertsteuersätze und zur Angleichung der Verbrauchsteuern.
14.12.1987	Der Rat beschließt Maßnahmen zur Liberalisierung des Luftverkehrs.
16.2.1988	Die Kommission legt ihre Vorschläge für die zweite Richtlinie zur Koordinierung des Bankrechts vor.
22.3.1988	Der Rat beschließt die Richtlinie über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge, die am 1.1.1989 in Kraft tritt.
21.6.1988	Der Rat beschließt, für Unternehmen des Straßengüterfernverkehrs die Gemeinschaftskontingente, die bilateralen Kontingente zwischen Mitgliedstaaten sowie die Kontingente für den Transitverkehr nach oder aus Drittländern ab 1.1.1993 aufzuheben; 1988 und 1989 werden die Gemeinschaftskontingente um jeweils 40 vH erhöht.
22.6.1988	Der Rat verabschiedet die Schadensversicherungsrichtlinie. Liberalisierung des Versicherungsmarktes für Großrisiken ab 1.1.1990. Halbierung der quantitativen Anforderungen ab 1.1.1993.
24.6.1988	Der Rat beschließt die noch ausstehende Richtlinie zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs.
21.12.1988	Vorläufige Annahme der Maschinenrichtlinie entsprechend der neuen Konzeption der technischen Harmonisierung.
21.12.1988	Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschuldiplome. (Ausgenommen sind Berufe, für die es Einzelrichtlinien gibt, z.B. Apotheker, Architekten.)
8.2.1989	Die Kommission schlägt vor, eine EG-einheitliche Quellensteuer von mindestens 15 vH auf Zinserträge einzuführen.

(a) Datum der Beschlußfassung des Rates bzw. der Kommission.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dokumente. Luxemburg, lfd. Jgg.; Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, lfd. Jgg.

Vermutung, daß die Investitionsdynamik der jüngsten Zeit in Europa zu einem Teil, der sich freilich nicht quantifizieren läßt, im Zusammenhang mit der Errichtung des Binnenmarktes zu sehen ist, und läßt erwarten, daß die Investitionen in der Grundtendenz eher kräftiger zunehmen, also im laufenden und im kommenden Jahr wohl weniger gedämpft werden, als es mit dem Kurs der Geldpolitik angelegt ist.

Literaturverzeichnis

DICKE, Hugo, Adrian BOTHE, Hans BÖHME, Ernst-Jürgen HORN, Harmen LEHMENT, Eckhard KANTHACK, Henning SICHELSCHEIDT, Joachim ZIETZ, EG-Politik auf dem Prüfstand. Kieler Studien, 209, Tübingen 1987.

DONGES, Juergen B., Klaus-Werner SCHATZ, Staatliche Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Umfang, Struktur, Wirkungen. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 119/120, Mai 1986.

GIERSCH, Herbert, Der EG-Binnenmarkt als Chance und Risiko. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 147, Dezember 1988.

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (Kommission) [a], The Economics of 1992. European Economy, 35, Brüssel, März 1988.

-- [b], Vollendung des Binnenmarktes: ein Raum ohne Binnengrenzen. Bericht über den Stand der Arbeiten gemäß Artikel 8b des EWG-Vertrags. Brüssel, 17.11.1988.

-- [c], Vollendung des Binnenmarktes - Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat. Brüssel 1985.

SIEBERT, Horst, Perspektiven zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Institut für Weltwirtschaft. Kieler Arbeitspapiere, 346, Januar 1989.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, Stellungnahme zum Weißbuch der EG-Kommission über den Binnenmarkt. BMWi-Studienreihe 51, o.O. 1985.